

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind

Es informiert Sie Ursula Albel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 66 77
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Datum 23.08.2022
Drucks. Nr. VO/0992/22
öffentlich

Große Anfrage

| | |
|-------------------|--------------------------------|
| Zur Sitzung am | Gremium |
| 05.09.2022 | Rat der Stadt Wuppertal |

Energiearmut

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit unserer letzten regelmäßigen Anfrage zu Stromsperrungen und Energiearmut in Wuppertal sind vier Jahre vergangen, in denen verschiedenen Maßnahmen durch die WSW, das Jobcenter Wuppertal, der sozialen Dienste der Stadt, anderen sozialen Einrichtungen und der Verbraucherzentrale zur Vermeidung von Stromsperrungen durchgeführt wurden.

Unter anderem haben sich durch die Pandemie in diesen Jahren die finanziellen Probleme vieler Menschen vergrößert.

Wir bitten die Verwaltung um einen Bericht über das konkrete Ausmaß der Energiesperren in den Jahren 2018 bis einschließlich 2021 sowie um die Beantwortung einiger Fragen im Zusammenhang mit Energiearmut in Wuppertal.

1. Wie vielen Haushalten wurde 2018 bis einschließlich 2021 von den Wuppertaler Stadtwerken eine Energiesperre aufgrund von Zahlungsrückständen angedroht?

a. Gas/Fernwärme

b. Strom

2. Bei wie vielen Haushalten wurde in Wuppertal 2018 bis einschließlich 2021 die Energieversorgung wegen Zahlungsrückständen unterbrochen?

a. Gas/Fernwärme

b. Strom

3. Wie lange dauert 2018 bis einschließlich 2021 die durchschnittliche Unterbrechung der Energieversorgung aufgrund von Zahlungsrückständen durch die Stadtwerke?

a. Gas/Fernwärme

b. Strom

3.1 Wie viele Energiesperren dauerten im Jahr 2018 bis einschließlich 2021 länger als 6 Monate an?

4. Welche Kosten entstehen den Betroffenen durch die Sperren?

5. Die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine verschärfen zurzeit die finanziellen Belastungen für Kommune, Unternehmen und private Haushalte. Für Menschen mit geringen Einkommen leisten aktuelle Angebote von WSW, Verbraucherzentrale und Wohlfahrtsverbänden Unterstützung im Bereich der Energieeinsparungen.

Hinweise, vorausschauend Rücklagen in Anbetracht der extrem steigenden Kosten für Energie anzulegen, ist für Menschen mit geringem Einkommen, keine praktikable Möglichkeit.

Welche Maßnahmen, neben der sinnvollen Aufklärung zur Energieeinsparung, werden angeboten, um Energiesperren zu vermeiden?

Ist die Aussetzung von Energiesperren für zahlungsunfähige Menschen geplant?

Durch eine mögliche Aussetzung von Energiesperren, entstehen den Kommunen zusätzliche Kosten. Gibt es überregionale kommunale Initiativen z.B. vom Städtetag, die sich bei der Bundesregierung für eine Kompensation einsetzen?

Wenn nein, sind solche Interventionen geplant?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Herhaus

Gerd-Peter Zielezinski

Fraktionsvorsitzende